



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 13.02.2017

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020
am Donnerstag, dem 03.11.2016, 14:00 Uhr bis 16:49 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	stellvertretend für Herrn Dr. Gutzeit
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	stellvertretend für Herrn Wittmann
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
---------------------	-----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov	stellvertretend für Herrn Bayrakçioğlu
---------------------	----------------------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD

Herr Sönke Geske	SPD
Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt- und Verbraucherschutzamt,
Frau Doris Dieckmann	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Manfred Kaune	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Konrad Peschen	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Peter Winkels	V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln	zu TOP 1.1 und 7.2
Frau Petra Zimmermann-Buchem	Koordinierungsstelle Klimaschutz	zu TOP 3.1
Frau Nina Rehberg	Diversity	zu TOP 4.2
Herr Rudolf Klapper	Dipl.-Ing. Architekt & Energieberater Verbraucherzentrale NRW Energieberatung Köln	zu TOP 8.3

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Mathias Wittmann	auf Vorschlag der Grünen
-----------------------	--------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Jennifer Mense	GRÜNE
Herr Fabian Hübner	auf Vorschlag der Fraktion DieLinke

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er macht auf die Zusetzungen und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün macht er folgende Anmerkungen:

Die Beschlussvorlage der StEB unter TOP 4.6 liege als Tischvorlage vor. Er schlage daher vor, über sie in der nächsten Sitzung zu beraten. Zu TOP 1.1 und 7.2 sei Frau Rinnenburger von der Gebäudewirtschaft anwesend. Er schlage vor, beide Punkte zusammen zu behandeln. Zu TOP 7.6 werde Herr Dr. Bauer vom Grünflächenamt einen kurzen Überblick über das EFRE-Projekt geben.

Die Vorschläge finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung.

Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Bewirtschaftung des Schaugewächshauses im Botanischen Garten
AN/1305/2016

1.1.1 Bewirtschaftung des Schaugewächshauses im Botanischen Garten
Beantwortung der Anfrage
3056/2016

7.2 Statusbericht Ersatzneubau des Schaugewächshauses

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke
AN/0751/2016

2.2 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Antrag der Fraktion Die Linke
AN/0670/2016

2.2.1 Stellungnahme zum Antrag
1785/2016

2.3 Kölner Bevölkerung schützen – Schadstoffbelastung senken!
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates
AN/1521/2016

2.4 Beleuchtung des Hauptwegs vom Clouth-Gelände zur KVB-Haltestelle Kinderkrankenhaus
Antrag der FDP-Fraktion
AN/0767/2016

2.4.1 Beleuchtung des Hauptweges im Johannes-Giesberts-Park
Beschlussvorlage der Verwaltung hängt thematisch mit TOP 2.4 zusammen
3160/2016

3 Kommunaler Klimaschutz

- 3.1 Sachstandsmitteilung Klimaschutz und SmartCity Cologne
2802/2016

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
0294/2016
- 4.1.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0828/2016
- 4.1.2 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark (0294/2016)
Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90 / Die Grünen vom 03.11.2016
AN/1806/2016
- 4.2 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept
3068/2016
- 4.3 Kunstprojekt "St. Open " der Künstlerin Selma Gültoprak
3140/2016
- 4.4 Wohnungsbauoffensive
2698/2016
- 4.5 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baube-
schluss
3114/2016
- 4.5.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage ‚Standorte zur Errichtung von tempo-
rären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss‘
AN/1774/2016
- 4.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grund-
stücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die
Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3418/2016
zurückgestellt in die nächste Sitzung

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Statusbericht Rheinboulevard
- 7.2 Statusbericht Ersatzneubau des Schaugewächshauses
wird unter TOP 1.1 und 1.1.1 behandelt
- 7.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016
- 7.4 Gutachten Platanen Hansaring
3172/2016
- 7.5 Anpassung an den Klimawandel
3366/2016
- 7.6 Kurzer Überblick über das EFRE Projekt von Herrn Dr. Bauer

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 8.1 Kalkberg
Beantwortung einer mündlichen Anfrage von RM Frau Stahlhofen über die Nutzung des Kalkberges im 2. Weltkrieg als Flakstellung
2814/2016
- 8.2 Einfluss des Verkehrsflusses auf die Luftbelastung (AN/0811/2016)
Beantwortung der Anfrage 1606/2016
2841/2016
- 8.3 Ergänzungen zu den Stellungnahmen der Verwaltung 4078/2015 und 1295/2016
Ursprüngliche Anfrage der CDU-Fraktion
Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln
3493/2016

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

12.1 Bedarfsfeststellung für die Erstellung und Durchführung einer stadtweiten Marketingkampagne zu den Themen Energie sparen und Energieeffizienz 3028/2016

12.2 Potentialanalyse und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zum Krematorium der Stadt Köln: Gutachten - Ergebnisse 2727/2016

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe verpflichtet den dem Ausschuss Umwelt und Grün / Betriebsausschuss für Abfallwirtschaft gem. § 58 GO NW mit beratender Stimme angehörenden Sachkundigen Einwohner, Herrn Sönke Geske, seine Aufgabe als Sachkundiger Einwohner des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses für Abfallwirtschaft der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes NRW und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Bewirtschaftung des Schaugewächshauses im Botanischen Garten AN/1305/2016

1.1.1 Bewirtschaftung des Schaugewächshauses im Botanischen Garten Beantwortung der Anfrage 3056/2016

7.2 Statusbericht Ersatzneubau des Schaugewächshauses

Frau Rinnenburger gibt einen Überblick über den Sachstand und die Bauprojektorganisation zum Neubau Schaugewächshaus und Orangerien im Botanischen Garten.³

Zunächst informiert sie über den bisherigen zeitlichen Ablauf des Projektes, der in Anlage 1 zur Mitteilung 3661/2016, dem Projekt-Status-Bericht Nr. 01 (s. Anlage 1) aufgeführt ist und erklärt, dass man sich derzeit in Leistungsphase 3, der Genehmigungsplanung, befinde, in der ein Bauantrag gestellt werde.

Anschließend geht sie auf die Auswirkungen auf die Haustechnik ein, die durch die überarbeitete Planung 2015 verursacht worden seien. Sie erläutert, dass momentan mit dem Statiker und dem Haustechniker neu geplant werde, um mit den Ergebnissen eine belastbare Kostenberechnung und Terminplanung zu erstellen. Das genehmigte Budget liege bei knapp über 11,36 Mio. Euro.

Das Schaugewächshaus gehöre zum Sondervermögen der Gebäudewirtschaft, stehe aber auf einem Grundstück, das dem Grünflächenamt in der Sondernutzung übertragen worden sei. Frau Rinnenburger macht in dem Zusammenhang auf die Begrenztheit des Baufeldes aufgrund der dort vorhandenen Boden- und Landschaftsdenkmale aufmerksam, eine der Besonderheiten der Baumaßnahme.

³ Die schriftliche Mitteilung hierzu mit Anlage 1 und 2 erfolgte in der Sitzung am 08.12.2016 (3661/2016). Die Anlagen 1 und 2 werden dieser Niederschrift beigelegt.

Resultierend aus den Erfahrungen mit den Bühnen in 2015 habe man ein Organigramm erstellt (s. *Anlage 2*), das u. a. die Verantwortlichkeiten sowie die klassische Bauprojektorganisation darstelle, wenn die Gebäudewirtschaft der Eigentümer sei. In dem Feld rechts oben befinden sich die Schlagworte „Finanzen, Baugrund, fachlich Geeignete“, die ein Eigentümer als nicht delegierbare Bauherrenaufgabe immer zu leisten habe und für die er verantwortlich sei.

Frau Rinnenburger geht im weiteren Verlauf ausführlich auf die Darstellungen des Organigramms ein und macht auf die Zuständigkeiten der verschiedenen Beteiligten aufmerksam.

Abschließend beantwortet sie die Fragen der Ausschussmitglieder:

Der Projektsteuerer sei seit 11/2016 gerade beauftragt worden und arbeite sich ein.

Zur Verantwortung der Beteiligten erklärt sie mit Hinweis auf das Organigramm, dass der Eigentümer nicht für das verantwortlich sei, was der Handwerker auf der Baustelle tut. Laut Bauordnung von Nordrhein Westfalen sei der Bauherr dafür verantwortlich, sich fachlich geeignete Personen, z. B. HOAI-Ingenieure, zu suchen, die die Verantwortung übernehmen.

Das Personal, das von der Gebäudewirtschaft zur Oper beordert worden sei, war auch schon immer für die Oper tätig. Es sei kein Personal darüber hinaus in den aufgestockten Pool gewandert. Das heißt, die Kollegen, die das Schaugewächshaus betreuen, seien auch schon eine ganze Zeit mit dem Projekt betraut. Auch sei in allen Sparten, und nicht nur bei der Oper, die Leistungsfähigkeit durchaus gegeben.

Hinsichtlich der Baufeldbegrenzung weist sie darauf hin, dass die Baustellenlogistik bereits im Vorfeld so geplant gewesen sei, dass über das alte Gebäude hinweg gearbeitet werde. Man leiste sich möglichst wenig Baufeld, das in den gepflegten Anlagen liege, um so möglichst wenig Grün zu zerstören.

Herr Kaune informiert zur Toilettensituation, dass man sich aus unterschiedlichen Gründen gegen Toiletten im Gebäude entschieden habe, wolle aber in der Nähe ein Toilettenmodul errichten, was die AWB auch an anderen Stellen in Köln aufstelle. Dieses werde unmittelbar nach Fertigstellung der Schaugewächshäuser im Bereich Eingang Amsterdamer Straße aufgestellt.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Rinnenburger und Herrn Kaune und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung AN/0751/2016

Der Ausschussvorsitzende stellt die von SB Herrn Becker beantragte Zurückstellung des Antrags in die nächste Sitzung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Antrag wird **zurückgestellt in die Sitzung am 08.12.2016.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.04.2016
AN/0670/2016

2.2.1 Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Die Linke in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 28.04.2016
AN/067/2016 - Mehr artenreiche Wiesen in Köln
1785/2016

Die Fraktion Die Linke zieht den Antrag zurück.

2.3 Kölner Bevölkerung schützen – Schadstoffbelastung senken!
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates
AN/1521/2016

SB Herr Becker bittet für die SPD-Fraktion die Verwaltung um Information, wie die kurzfristigen Maßnahmen aussehen könnten und ob Schwerpunkte benannt werden können. Er bittet den Beigeordneten Herrn Dr. Rau, kurz über den Dialog zu berichten, den dieser mit der Stadtgesellschaft geführt habe.

RM Frau Welcker bittet namens der CDU-Fraktion, den Dringlichkeitsantrag aufgrund des Themas zuerst in den Verkehrsausschuss zu verweisen und dann zur abschließenden Entscheidung wieder dem Ausschuss Umwelt und Grün vorzulegen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau berichtet über den Dialog mit der Stadtgesellschaft. Er informiert darüber, dass er einen ersten runden Tisch einberufen und gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln, die die verantwortliche Behörde sei, gestaltet habe. Zahlreiche Akteure, vom ADAC bis zur Handwerkskammer, hätten daran teilgenommen und umfangreiche Vorschläge gemacht.

Gemeinsam mit der Bezirksregierung habe man eine Fortsetzung des runden Tisches verabredet und Themen für Arbeitsgruppen vorgeschlagen, die sich mit einzelnen Maßnahmen beschäftigen sollen. Da diese Themen jedoch so umfassend seien, sei es nicht realistisch, bis zum Jahresende 2016 zu konkreten und abgestimmten Vorschlägen zu kommen.

Man werde in diesem Jahr die Themen zusammenstellen, in der ersten Jahreshälfte 2017 konkrete Maßnahmen zu den einzelnen Themen erarbeiten, um in der letzten Sitzung vor der Sommerpause 2017 diese Maßnahmen als Vorschläge in den Rat einzubringen.

Herr Dr. Rau hebt positiv hervor, dass beim ersten runden Tisch relativ großes Einvernehmen über die Themen geherrscht habe. Er nennt als ein Beispiel das Dieselfahrverbot.

RM Frau Akbayir bittet, das Protokoll des runden Tisches den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Dies wird von Herrn Dr. Rau zugesichert.

Nach kurzer Abstimmung mit RM Frau Welcker und SB Herrn Becker fasst der Ausschussvorsitzende zusammen, dass lt. mündlichem Antrag von Frau Welcker der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zur Beratung in den Verkehrsausschuss verwiesen werde und dann wieder dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beschlussfassung vorgelegt werden solle, wenn neue Erkenntnisse vorliegen, spätestens jedoch vor der Sommerpause.

Er stellt diesen Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Dringlichkeitsantrag wird zunächst in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Wenn es konkrete, neue Erkenntnisse zu dem Thema gibt, wird er dem Ausschuss Umwelt und Grün wieder vorgelegt, spätestens vor der Sommerpause 2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**2.4 Beleuchtung des Hauptwegs vom Clouth-Gelände zur KVB-Haltestelle
Kinderkrankenhaus
Antrag der FDP-Fraktion
AN/0767/2016**

**2.4.1 Beleuchtung des Hauptweges im Johannes-Giesberts-Park
3160/2016**

SE Herr Dr. Ermert regt an, umweltfreundliche Beleuchtung zu beschaffen.

SE Frau Röttger-Schulz regt an, die Beleuchtung des Hauptwegs vom Clouth-Gelände zur KVB-Haltestelle mit einem höheren Lux-Wert auszustatten, als die bisherige Standardbeleuchtung, damit keine Angsträume entstehen und die Personen mit Seheinschränkungen den Wegeverlauf gut erkennen können.

RM Frau Akbayir kritisiert namens der Fraktion Die Linke, dass schon gebaut wurde, bevor die politischen Gremien sich dazu geäußert haben.

SB Herr Dr. Albach entgegnet, es sei gut, dass bereits in der dunklen Jahreszeit mit der notwendigen Vorarbeit begonnen worden sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt **beide Beschlusstexte**, also den des Antrags und den der Beschlussvorlage, **zusammen zur Abstimmung:**

Beschluss

Der Hauptweg vom Clouth-Gelände in Verlängerung der Josefine-Clouth-Straße zur KVB-Haltestelle Kinderkrankenhaus wird beleuchtet.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit dieser Weg als öffentlicher Fuß- und Radweg gewidmet wird, um ihn von anderen nicht beleuchteten Wegen durch den Johannes-Giesberts-Park zu differenzieren.

Die Verwaltung empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün der Beleuchtung des Hauptweges im Johannes-Giesberts-Park im Clouth-Quartier und den Beschlüssen des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde und der Bezirksvertretung Nippes zuzustimmen.

Eine Ausnahme zum Grundsatzbeschluss ist notwendig, um einen gesicherten Zugang zum ÖPNV an der Amsterdamer Straße, Haltestelle Kinderkrankenhaus, zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Sachstandsmitteilung Klimaschutz und SmartCity Cologne 2802/2016

SB Herr Becker fragt, was die Klimaschutzkoordinierungsstelle konkret in Sachen Klimaschutz vornehme. Man habe vor den Ferien den Statusbericht angefordert und möchte wissen, wie die Koordinierungsstelle das Ergebnis bewerte und wie die Prioritäten gesehen werden.

Frau Zimmermann-Buchem bestätigt, dass man ebenfalls ein großes Interesse an der Priorisierung habe und momentan intern in der Abstimmung sei, um eine Liste zu erstellen.

SE Herr Dr. Ermert regt, an den Statusbericht fortlaufend zu aktualisieren, so dass kontinuierlich über die Fortschritte der Maßnahmen informiert werde.

SB Herr Becker möchte wissen, bis wann die Maßnahmen von SmartCity-Cologne zur CO₂-Minderung umgesetzt werden.

Frau Zimmermann-Buchem informiert darüber, dass man an einer Vorlage arbeite, so dass jede Maßnahme bewertet werden könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Zimmermann-Buchem und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark 0294/2016

4.1.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016 AN/0828/2016

4.1.2 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (0294/2016) AN/1806/2016

RM Frau Welcker weist auf den als Tischvorlage umgedruckten gemeinsamen Änderungsantrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hin. Man sei der Meinung, über das Nutzungskonzept im Ausschuss nochmal genauer reden zu müssen. Daher beantrage man, den bisherigen Umfang unter Bestandsschutz zu stellen und eine Auflistung über die Veranstaltungen des letzten Jahres zu erhalten. Anschließend wolle man noch mal in die Diskussion über das Konzept einsteigen.

SB Herr Becker teilt mit, dass die SPD ihren Änderungsantrag aufrechterhalten wolle. Auch dieser beinhalte die Auflistung. Herr weist auf die weiteren Punkte des Änderungsantrags hin und äußert sein Unverständnis über die Intention des Ersetzungsantrags von CDU und Grünen.

RM Herr Brust wendet sich an Herrn Becker und äußert mit Hinweis auf den Punkt, wo es um Entscheidungen über die unter das Nutzungskonzept fallenden Veranstaltungen gehe, dass keine Entscheidungen getroffen werden müssten, wenn es bei den bisherigen Maßnahmen bleibe und keine weiteren dazu kämen. Man wolle mit dem Ersetzungsantrag klar machen, dass es sich beim Rheinpark um ein Landschaftsschutzgebiet und nicht um eine Eventlokation handle.

SB Herr Dr. Albach äußert, er könne den Änderungsantrag von CDU und Grünen nicht mittragen, da die bisherigen Veranstaltungen keine Chance hätten, entsprechend der Nachfrage zu wachsen.

RM Frau Welcker entgegnet, dass man zunächst die Aufstellung benötige und dann darüber sprechen wolle, wie es weitergehe.

- Der Ausschussvorsitzende stellt zunächst den **weitergehenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das Konzept zur Nutzung des Kölner Rheinparks in der durch die Bezirksvertretung Innenstadt geänderten Fassung mit folgenden Maßgaben:

1. Um ein transparentes Verfahren sicherzustellen, bleibt der Ausschusses für Umwelt und Grün das zuständige Gremium für die Entscheidung über die unter das Nutzungskonzept fallenden Veranstaltungen nach Vorberatung in der Bezirksvertretung Innenstadt.
2. Anträge auf Durchführung einer Veranstaltung für das erste und zweite Quartal eines Jahres sind spätestens bis zum 30. September des Vorjahres und für das dritte und vierte Quartal bis zum 31. März des Jahres, in dem die Veranstaltung stattfinden soll, zu stellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Qualitäts- und Auswahlkriterien für Veranstaltungen, die einen "Kontext mit der Funktion des Rheinparks aufweisen" bzw. in einem „besonderen Bezug zum Thema Garten“ stehen, zu erarbeiten, mit Positiv- und Negativbeispielen zu hinterlegen und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, eine Übersicht aller Veranstaltungen im Rheinpark der Jahre 2015 und 2016 (zum Stand 30.04.2016) vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

- Anschließend stellt er den **Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Die Durchführung von Großveranstaltungen und Events im Rheinpark wird grundsätzlich ausgeschlossen und soll nicht gestattet werden. Lediglich im bis-

herigen Umfang genießen Großveranstaltungen und Events im Rheinpark Bestandsschutz.

2. Zur besseren Abgrenzung des vorgesehenen Bestandsschutzes wird die Verwaltung beauftragt, die Veranstaltungen des letzten sowie des laufenden Jahres aufzulisten (z. B. nach Art, Größe, Thema, Veranstalter) und dem Ausschuss Anfang 2017 hierüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen von SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Die Linke.

4.2 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept 3068/2016

SE Frau Röttger-Schulz gibt zu Protokoll:

„Das Diversity Konzept wird erst am 14.11.2016 in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beraten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen haben hierzu vereinbart, dass sie in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik das Konzept begrüßen und auch beschließen werden.

Allerdings möchten die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, dass vier der in dem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden sollen und werden das Diversity-Konzept am 14.11.2016 in geänderter Form beschließen.

Der Beschlusstext lautet:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt den Fachausschüssen des Rates, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Diversity Konzept „2020: Köln I(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. das vorliegende Diversity Konzept inklusive der beschriebenen Maßnahmen umzusetzen, den damit verbundenen Implementierungsprozess fortzuschreiben und somit die Strategie des Diversity Managements als Querschnittsaufgabe in und auf allen Ebenen der Stadtverwaltung zu etablieren und den Umsetzungsprozess zu begleiten,
2. insbesondere
 - eine Ist-Analyse für die Stadtverwaltung zu erstellen, sowie ein daraus zu entwickelndes Controlling mit entsprechenden Indikatoren einzuführen.
 - die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema über die Stadtgrenzen hinaus fortzuschreiben.
 - die Vernetzung der betroffenen Akteure intern wie extern und über die Stadtgrenze hinaus fortzuführen.
3. die Weiterentwicklung und Umsetzung des vorliegenden Konzeptes durch ein Maßnahmenprogramm dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Maßnahmen unverzüglich umzusetzen. Hierfür sollen die erforderlichen Personal- und Finanzmittel im Haushalt bereitgestellt werden:

- Erstellung von Standards für eine diskriminierungsfreie Sprache innerhalb und außerhalb der Verwaltung
- Erstellung einer Bilddatenbank mit diversitätsgerechter Bildsprache sowie Bildern für die städtische Öffentlichkeitsarbeit
- Qualifizierung von jungen Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung durch spezifische Ausbildungsförderungsprojekte, damit der Einstieg in das Ausbildungsverfahren der Stadt Köln erreicht und durchlaufen werden kann.
- Übernahme von Assistenzkosten bei der Gremienarbeit zur Förderung der politischen Teilhabe aller ehrenamtlichen und gewählten Mitglieder.

SB Herr Dr. Albach fragt Frau Rehberg, welche Prioritäten sie beim Erleben von Natur und Landschaft sehe, insbesondere vor dem Gesichtspunkt, dass Menschen darin eingeschränkt seien. Konkret gehe es ihm um Prioritäten von Maßnahmen, um Menschen mit Behinderung das Erleben von Natur und Landschaft zu ermöglichen.

Frau Rehberg antwortet, dass das Diversity Konzept sich momentan auf das Verwaltungshandeln als Arbeitgeberin / Dienstleisterin beziehe. Tatsächlich seien keine konkreten Maßnahmen in dem Katalog vorhanden. Dies wäre etwas, was man in einem nächsten Schritt überlegen müsse, um Teilhabe an Natur und Landschaft für alle erlebbar zu machen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, man wolle mit dem Diversity Konzept die Vielfalt der Stadtgesellschaft im Personal der Verwaltung abbilden und wiederfinden und so die Stadtgesellschaft besser verstehen und entwickeln können. Er räumt ein, dass man es als Versäumnis betrachten könne, den Umweltgedanken nicht mit einbezogen zu haben, möchte jedoch das Diversity Konzept als ein Konzept zur Abbildung einer vielfältigen Gesellschaft verstanden wissen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Kunstprojekt "St. Open " der Künstlerin Selma Gültoprak 3140/2016

RM Herr Brust bemerkt, die Fraktion Bündnis / Die Grünen gehe davon aus, dass bei der Anfertigung der Objekte mit Glasscheiben, die im Grünflächenbereich aufgestellt werden, die Künstlerinnen und Künstler den Vogelschutz beachten. Er weist darauf hin, dass darauf geachtet werden müsse, dass keine Vögel gegen die Glasscheiben fliegen.

RM Frau Akbayir äußert ihr Unverständnis darüber, dass diese Installationen in Grünanlagen entstehen sollen. Derartige Flächen gehörten eher in Bereiche wie Ebertplatz, Rudolfplatz oder Schildergasse.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt den Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes, wie folgt zu beschließen:

Die Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes befürworten die Umsetzung des Kunstprojektes „St. Open“ der Künstlerin Selma Gültoprak, vorbehaltlich einer gesicherten Finanzierung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion Die Linke.

4.4 Wohnungsbauoffensive 2698/2016

SE Frau Reiff merkt kritisch an, dass der Stadtbezirk 6 überverhältnismäßig viele Gebiete ausweise. Zwei Stadtbezirke seien gar nicht betroffen. Es gebe in allen Stadtbezirken bebaubare Flächen, nicht nur im Stadtbezirk 6.

SB Herr Becker beantragt namens der SPD-Fraktion, dass die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen wird, um sie nicht aufzuhalten.

Er bittet, folgende Fragen entweder heute noch oder im weiteren Beratungslauf zu beantworten:

Ist die ökologische und klimatechnische Relevanz der Flächen bewertet worden?

Wenn ja, wie ist diese bewertet worden?

Zu Punkt 5.01 der Vorlage möchte die SPD wissen, wieviel Kleingärten betroffen seien und ob Gespräche mit den Kleingärtnern geführt worden seien.

RM Frau Welcker stimmt einer Verweisung ohne Votum zu.

SB Herr Dr. Albach fragt, ob das Personal innerhalb der Umweltverwaltung ausreiche, um das Wohnbaukonzept personell und inhaltlich zu begleiten.

Herr Peschen informiert den Ausschuss, wie die Verwaltung in der Regel mit derartigen Flächenvorlagen umgehe. In solchen Fällen werde eine Arbeitsgruppe gebildet, im speziellen Fall geleitet durch die Liegenschaftsverwaltung, an der auch das Umweltamt teilnehme und seine Belange, wie z. B. „Lärm“ oder „Klimaschutz“, mit einbringe. Eine Entscheidung werde nach Abwägung aller Kriterien getroffen. Bei bestimmten Flächen, z. B. in der Nähe zu einem Seveso-II-Betrieb, werde die Fläche wieder aus der Auswahl genommen.

Eine Fläche müsse noch in den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde. Man sehe hier aber die Chance, den Beirat zu überzeugen.

Den Ausschusmitgliedern liege daher das Ergebnis einer intensiven verwaltungsin-
ternen Abstimmung vor, in der die Umweltbelange sehr ernst genommen werden.

Hinsichtlich des Personals sei man durch den Beschluss zum „Lärmaktionsplan“ auf
einem guten Weg.

Die Anfrage zu den Kleingärten werde man an die zuständige Stelle weiterleiten und
um schriftliche Beantwortung bitten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in die
nachfolgenden Gremien.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften -
Baubeschluss
3114/2016**

**4.5.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage ‚Standorte zur Errichtung von
temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss‘
AN/1774/2016**

RM Frau Welcker bittet für die CDU-Fraktion, die Beschlussvorlage ohne Votum in die
nachfolgenden Gremien zu verweisen.

SB Herr Dr. Albach spricht den als Tischvorlage umgedruckten Änderungsantrag des
Arbeitskreises Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren und bürgerschaftliches Engagement
an und fragt, wie man mit dessen Vorschlägen umgehen wolle. Er möchte wissen, wie
die Konsequenzen aus Sicht der Verwaltung aussähen, wenn der Änderungsantrag
beschlossen werde.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt nach Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden
zu, dass er dies prüfen und die Antwort schriftlich und zeitnah in die Beratungsfolge
geben, spätestens jedoch zur Ratssitzung rechtzeitig zustellen lassen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die **Beschlussvorlage zusammen mit
dem Änderungsantrag des AK 2 - Flüchtlinge, Interkulturelle Zentren und bür-
gerschaftliches Engagement ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der
Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage so-
wie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebüh-
rensatzung
3418/2016**

***Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am
08.12.2016.***

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

Hierzu liegt nichts vor.

7.2 Statusbericht Ersatzneubau des Schaugewächshauses

wurde unter TOP 1.1 und 1.1.1 behandelt

**7.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - ei-
ne Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016**

SE Frau Röttger-Schulz weist auf die als Anlage zur Mitteilung umgedruckte Stellungnahme der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen hin und bittet, die Politik, sich für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung mit der Anlage zur Kenntnis.

**7.4 Gutachten Platanen Hansaring
3172/2016**

RM Herr Brust spricht die 2013 zurückgestellte Beschlussvorlage zu den Platanen in der Weißenburgstraße an⁴ und fragt, ob es mittlerweile aus anderen Kommunen Erkenntnisse über dortige Pilotprojekte gebe.

⁴ Vorlage 2138/2013 - Massaria-Befall an Platanen und Änderungsantrag AN/0928/2013

Dann habe die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Eindruck, dass an anderen Stellen in Köln doch Platanen beschnitten werden, z. B. in der Sülzburgstraße. Herr Brust möchte wissen, ob dies andere Gründe habe oder der Eindruck falsch sei.

Außerdem äußert er die Bitte, dass das Gutachten in elektronischer Form an die Fraktionen weitergeleitet werde.

Herr Dr. Bauer sagt dies zu.

Inzwischen liege das Gutachten des Landesbetriebs Straßenbau aus Soest im Entwurf vor, sei aber noch nicht abschließend ausgewertet. Nach abgeschlossener Auswertung könne die Verwaltung dies in den Ausschuss bringen.

Bei den Baumschnittmaßnahmen in anderen Stadtteilen handle es sich um Einzelfallentscheidungen. Die Verwaltung bleibe bei ihrer bisherigen Meinung, dass Rückschnitt nicht die geeignetste Methode sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

7.5 Anpassung an den Klimawandel 3366/2016

SB Herr Becker bittet namens der SPD-Fraktion die Verwaltung, zur nächsten Sitzung die aktuellen Aktivitäten vorzustellen.

SE Herr Ermert weist hinsichtlich der Starkregengefahrenkarten darauf hin, dass bei einer Veröffentlichung dieser Karten das rechtliche Problem bestehe, dass die anliegenden Häuser an Wert verlieren könnten. Er fragt, ob Erfahrungen aus anderen Kommunen vorlägen und regt an, falls dem so ist, diese bzw. daraus resultierende Gerichtsverfahren zu prüfen, bevor die Karten veröffentlicht werden. Zur Planungsempfehlung merkt er an, dass Fassadenbegrünung ein gutes Mittel sei, um den Klimawandel abzumildern. Als Beispiel nennt er das Heliosgelände und den alten Güterbahnhof in Ehrenfeld und fragt, ob man die Empfehlung dort nicht schon umsetzen könne.

Die Empfehlung in der Mitteilung, dass pro PKW-Stellplatz 4 Bäume gepflanzt werden sollen, erscheine ihm ein wenig hoch, auch wenn er dies außerordentlich begrüße. Herr Ermert stellt infrage, ob überhaupt Stellplätze an der Oberfläche erforderlich seien oder ob man nicht besser Stellplätze in den Untergrund verlegen sollte.

Betreffend die Karten, die klimaaktive, schützenswerte Flächen zeigten, möchte er wissen, ob dies mit STEK Wohnen vereinbar sei. Eine Bebauung dieser Flächen widerspreche doch der Anpassung an den Klimawandel. Das Umweltamt müsse gegen die Bebauung ein Veto einlegen.

RM Frau Akbayir nimmt namens der Fraktion Die Linke kritisch Stellung zu dem Konzept. Sie betont, dass man es als bedauerlich empfinde, dass die Ämter, denen man die zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Köln anvertraue, nicht in der Lage seien, die für ihre eigene Arbeit wichtigen Arbeitskreise durchzuführen. Andernfalls müsse diese Arbeit direkt bei dem Dezernenten angesiedelt werden, der zukünftig für den Bereich „Verkehr“ entlastet werde und somit Kapazitäten zur Verfügung habe.

Sie bittet, die Mitteilung auch dem Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis und weiteren Diskussion zu geben.

SB Herr Dr. Albach fragt hinsichtlich der Einsortierung der Mitteilung unter TOP 7 und nicht, wie bei Mitteilungen der Klimaschutzkoordinationsstelle üblich, unter TOP 3, ob in der Verwaltung parallel gearbeitet werde. Hinsichtlich der Thematik „Starkregen“ berichtet er von einem Vortrag bei den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB), den er gerne Interessierten zur Verfügung stelle.

Herr Peschen nimmt zu den Fragen und Kritikpunkten Stellung. Er informiert darüber, dass die Umweltverwaltung eng mit der Stadtplanung zusammen arbeite. Bei der Erarbeitung von Maßnahmen, die in den Kontext des Themas „Klimaschutz“ zu stellen seien, tausche man sich intensiv aus.

Frau Akbayir entgegnet er, dass die Karten zusammen mit der Stadtplanung erstellt worden seien. Lediglich bei der Besetzung einer Arbeitsgruppe habe es ein Ressourcenproblem gegeben.

Er werde die weiteren Fragen mitnehmen und in den erbetenen Vortrag einarbeiten lassen, der in einer der nächsten Sitzungen gehalten werde.

RM Herr Brust merkt an, dass er die Aussage von Frau Akbayir unterstütze. Er bezeichnet es als gravierend, dass die Mitarbeiter aus dem Bereich des Dezernates für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr sich bei einem so wichtigen Thema wie „Hitze“ weigern, an Arbeitsgruppen teilzunehmen. Letztendlich müssen die Beschlüsse durch die Stadtplanung umgesetzt werden. Herr Brust betont, dass diese Mitteilung auch in den Stadtentwicklungsausschuss gehöre.

Er kommt auf den Ratsbeschluss zu sprechen, der bisher nur teilweise umgesetzt worden sei. Z. B. sei dort ein Zeit-Maßnahmenplan mit Finanzierung in Aussicht gestellt worden. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung dazu eine Beschlussvorlage fertige, wo diese Maßnahmen aufgeführt seien, damit die Planungshinweise Beschlusscharakter bekommen und, vor allem im Bereich der Stadtentwicklung, anzuwenden seien.

Herr Brust merkt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen außerdem an, man habe den Eindruck, dass die Karten veraltet seien und die Situation beschönigten. Als Beispiel nennt er die letzte Karte. Es erscheine so, als ob Sürther Feld und Widdersdorf Süd noch nicht als bebaute Flächen eingetragen seien. Es handle sich jedoch tatsächlich um große Neubaugebiete, die in den Karten als klimaaktive Flächen eingezeichnet seien, was die Wirklichkeit erheblich verzerre. Daher bittet er, dem Ausschuss neue Karten vorzulegen.

Herr Peschen betont, man habe mit dem Stadtplanungsamt Konsens gehabt, die Mitteilung auch in den Stadtentwicklungsausschuss zu geben.

Man werde jedoch auf alle offenen Punkte und auch auf die stärkere regionale Betrachtung eingehen und in den Vortrag einarbeiten.

Beigeordneter Herr Dr. Rau greift die Anregung von Herrn Brust auf, wer nachher umsetzen müsse, was aus Umweltgesichtspunkten als wichtig erachtet worden sei und zu den Planungsempfehlungen geführt habe, die von der Politik beschlossen werden.

Für ihn stelle sich die grundsätzliche Frage: „Wie gestalten wir diese wachsende Stadt?“

Herr Dr. Rau macht deutlich, dass die Entwicklung von Wohn- und allen anderen Flächen ämter- und themenübergreifend gestaltet werden müsse. Er habe die große Hoffnung, dass die jetzt angestoßene Verwaltungsreform, vom Stadtvorstand, über die Ämter hinweg, die gesamte Verwaltung in die Lage versetze, wesentlich stärker als bisher einzelne Themen aus unterschiedlichen Perspektiven und Ämtern miteinander zu gestalten. Dies betreffe nicht nur das Thema „Bauen“, sondern auch die Themen „Flächengestaltung“ und insbesondere „Verkehr“.

Der Ausschussvorsitzende Herr Struwe dankt dem Beigeordneten Herrn Dr. Rau für seine Ausführungen, die er sehr begrüße.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Rau und Herrn Peschen und die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

7.6 Kurzer Überblick über das EFRE Projekt von Herrn Dr. Bauer

Herr Dr. Bauer erläutert anhand von Folien die Hintergründe und die weitere Vorgehensweise beim Aufruf zum EFRE-Projekt.⁵

Hintergrund sei, dass das Thema „Grün“ als wesentliches Element der Infrastruktur verstanden werden soll. Im Rahmen dieser EFRE-Förderung, greifen die Länder im Rahmen eines „Operationellen Programms“ diese Themen auf und setzen sie in Handlungsfelder und Strategien um.

Herr Dr. Bauer weist auf Folie 2 hin, auf der 4 Prioritätsachsen aufgeführt seien und nennt Prioritätsachse 4 „Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung“ im Rahmen derer wiederum 3 Ziele, Ziel 11, 12 und 13, gefördert werden. Hinsichtlich Ziel 12 „Grüne Infrastruktur“ wolle man sich bewerben. Dazu müsse man ein Integriertes Handlungskonzept vorlegen. Die Bewerbung müsse bis zum 01.12.2016 bzw. 01.06.2017 beim Land eingereicht werden und werde dann durch ein interministerielles Gremium bewertet und evtl. ausgewählt. Die Verwaltung hat den ersten Termin angestrebt, um die Projekte in dem vorgegebenen Zeitraum abwickeln zu können.

Auf der linken Seite der Folie 4 seien die Sozialräume des rechtsrheinischen Stadtgebietes dargestellt. Für diese werden im Rahmen des Projektes „Starke Veedel“ einzelne integrierte Handlungskonzepte erarbeitet und über das Ziel 11 (Verbesserung der Integration benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen in Arbeit, Bildung und in die Gemeinschaft (soziale Prävention)) die Fördermittel eingeworben.

Beim Betrachten dieser Gebiete werde deutlich, dass sie sich fast alle um den Äußeren Grüngürtel, dargestellt auf der rechten Seite der Folie 4, herum gruppieren. Dieser Äußere Grüngürtel sei somit der zentrale Grünbereich für diese Quartiere im Rechtsrheinischen. Insofern lag es nahe, diesen Bereich auszuwählen, weil sich das Thema „Grüne Infrastruktur“ auch mit der sozialen Prävention auseinandersetzen müsse.

Auf Folie 5 werde der räumliche und inhaltliche Bezug deutlich. Dieser Bezug gebe die Möglichkeit, die Ziele gut miteinander zu verknüpfen. Gleichzeitig liege mit dem „Impuls Äußerer Grüngürtel“ ein Konzept vor, auf dem man gut aufbauen könne.

Es haben sich 4 Schwerpunktbereiche herauskristallisiert, die auf der rechten Seite von Folie 5 räumlich dargestellt sind und unterschiedliche Themen bearbeiten. Herr Dr. Bauer nennt als ein Themenbeispiel die „Grüne Vernetzung innerhalb des Äußeren Grüngürtels“, wobei hier nicht nur eine Vernetzung im Sinne von Wegeverbindungen gemeint sei, sondern ökologische Vernetzung. Man suche Bereiche, die man im Sinne einer ökologischen Aufwertung verbessern könne (Folie 6).

Ein zweiter Schwerpunkt sei der Bereich um das Gremberger Wäldchen bis nach Ostheim, wo gerade die neue Siedlung „Waldbadviertel“ entstanden sei (Folie 7). Das Gremberger Wäldchen sei ein ganz wichtiges Naturschutz- und forstwirtschaftliches Kleinod und habe hinsichtlich des genetischen Potentials eine große Bedeutung. Hier wolle man eine Wegeentsiegung zur Diskussion stellen, um Bereiche freizustellen und als Naturwaldzelle weiterzuentwickeln.

⁵ Die Folien sind als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Andererseits wolle man entlang des Alten Deutzer Postwegs, wo viele Anpflanzungen aus den 50er und 60er Jahren vorhanden seien, einen Bereich als Erholungsfläche für die Öffentlichkeit erschließen.

Als 3. Schwerpunkt nennt Herr Dr. Bauer den Bereich des Vingster Berges, der für die aktive Erholung von Jugendlichen und Kindern besser erschlossen werden soll. Man denke an einen Waldparkour, wo Naturerlebnis niederschwellig etabliert werden könne (Folie 8).

Ein weiterer Bereich, die Flehbachaue, sei östlich der Merheimer Heide zu finden (Folie 9). Diese sei vor Jahrhunderten ein Sumpfbereich gewesen, das entwässert worden sei.

In den 30er Jahren sei ein Restbereich dieses Sumpfbereiches mit Hausmüll zugeschüttet worden. Bohrungen hätten gezeigt, dass der Untergrund noch Niedermoorstrukturen aufweise. Wenn es gelingen könnte, den Hausmüll zu entfernen und das Niedermoor wieder zu aktivieren, wäre das ein enormer Beitrag für den Natur- und letztlich auch für den Klimaschutz, da Moorböden über lange Zeit CO₂ speichern können. Gleichzeitig wolle man versuchen, diesen Bereich über eine Wegeachse wieder stärker an den Äußeren Grüngürtel anzubinden.

Man sei mit den Vorarbeiten relativ weit und könne den Antrag beim Land zum 01.12.2016 stellen und danach eine entsprechende Ratsvorlage fertigen.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Dr. Bauer für den Vortrag.

Auf Nachfrage von RM Herrn Brust informiert Herr Dr. Bauer darüber, dass die Flehbachaue auf einer Fläche von ca. 400 m x 150/200 m und einer Höhe von etwa 1 bis 1,5 m mit Müll verfüllt sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt den Vortrag von Herrn Dr. Bauer mit Interesse zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Kalkberg Beantwortung einer mündlichen Anfrage von RM Frau Stahlhofen über die Nutzung des Kalkberges im 2. Weltkrieg als Flakstellung 2814/2016

RM Frau Akbayir bittet, die Mitteilung auch den Bezirksvertretungen Kalk und Mülheim zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung zur Kenntnis.

8.2 Einfluss des Verkehrsflusses auf die Luftbelastung (AN/0811/2016) Beantwortung der Anfrage 1606/2016 2841/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung zur Kenntnis.

8.3 Ergänzungen zu den Stellungnahmen der Verwaltung 4078/2015 und 1295/2016
Ursprüngliche Anfrage der CDU-Fraktion
Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln
3493/2016

SE Herr Donath bemerkt, zu den Evaluierungsergebnissen sei angeführt worden, dass man nur Werte habe, die auf Landesebene erhoben worden seien. Er habe versucht zu berechnen, was man durch die Energieberatung an 137 Einfamilienhäusern pro Jahr einsparen könne und sei auf 7 Arbeitsjahre eines Handwerkers, auf 300.000 kWh/a Endenergieeinsparung und auf 30.000 Liter Heizöl gekommen. Er möchte wissen, ob das so zu berechnen sei.

Herr Klapper von der Verbraucherzentrale erläutert, dass der landesweiten Evaluation Werte von IFEU - Institut für Entsorgung und Umwelttechnik GmbH zugrunde liegen. Daher würde er diese Frage noch mal detailliert anhand dieser Berechnungsgrundlagen beantworten lassen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung zur Kenntnis. Die Nachfrage von Herrn Donath wird laut Ausschussvorsitzendem zu den mündlichen Anfragen unter TOP 9 gerechnet.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Anfrage von Herrn Donath
Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln

s. TOP 8.3

9.2 Anfrage von Herrn Brust
Lärmbelastung in Worringen

RM Herr Brust merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen von Anwohnern angeschrieben worden, die behaupten, dass seit einiger Zeit ein ständiges starkes Brummen aus dem Chempark von der Fa. INEOS zu hören sei.

Er möchte wissen, ob dies bereits der Verwaltung bekannt sei bzw. ob sie dem nachgehen könne.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

9.3 Anfrage von Herrn Schallehn
Erdkröten am Kalscheurer Weiher

SE Herr Schallehn kommt auf seine noch nicht beantworteten Fragen hinsichtlich der Erdkröten am Kalscheurer Weiher zurück.

Bald sei wieder Saison und es wäre gut, wenn etwas unternommen werde.

Herr Peschen sagt eine kurzfristige Beantwortung zu.

**9.4 Anfrage von Herrn Dr. Albach
Grundwasseranalyse Kalkberg**

SB Herr Dr. Albach bittet um regelmäßige vierteljährliche Einstellung der Grundwasseranalyse für den Kalkberg ins Internet und um kurze Benachrichtigung, wenn dies erfolgt ist.

Die Verwaltung sagt dies zu.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)